

demonstrierten selbst zum erstenmal seit 1785. Angeführt vom Präsidium des höchsten Gerichts, des Pariser Kassationshofs, veranstalteten 800 Richter in Roben am letzten Donnerstag um 16 Uhr einen Schweigemarsch durch den Justizpalast. Alle Sitzungen fielen aus.

LAOS

KOMMUNISTEN

Staat im Staat

John Foster Dulles wollte das Land zu einer „antikommunistischen Bastion“ machen. Lyndon Baines Johnson wollte die Kommunisten durch Massenbombardements vertreiben. Richard Milhous Nixon ließ weiter bomben und schließlich auch noch seine südvietnamesischen Verbände-

In dem von der Regierung kontrollierten Laos-Drittel sind 85 Prozent der Bevölkerung Analphabeten. Die Lebenserwartung liegt nur bei 30 bis 35 Jahren. Hunderttausende von Laoten leben noch genauso wie ihre Vorfahren: in einer vorwiegend auf Tauschhandel aufgebauten, sich selbst versorgenden Dorf- und Familiengemeinschaft, ohne Papiergeld und Straßen, nur in seltenen Fällen durch einen schmalen Landestreifen für Kleinflugzeuge mit der Außenwelt verbunden.

Wurden wirklich einmal Experimente unternommen, die der Struktur des Landes Rechnung trugen und auch finanziell tragbar waren, scheiterten sie an politisch-kommerziellen Überlegungen.

Israelsche Landwirtschaftsexperten, die am Rande der Hauptstadt Vientiane eine Versuchsfarm betreiben, entwickelten beispielsweise eine einfache

denn gegen ihre Provinzen fliegen die Amerikaner bis zu 500 Bombeneinsätze pro Tag. Dennoch verläuft ihr Leben mittlerweile in moderneren Bahnen als das ihrer Landsleute — und das, obwohl sie den ärmeren Teil des Landes bewohnen, unwirtliche Gebirgsregionen im Norden und Südosten des Königreichs.

In diesen Gebieten gab es ursprünglich nur 200 000 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche (Rest-Laos: 500 000). Durch systematische Förderung der Landwirtschaft, vor allem durch den gezielten Aufbau von Volkskooperativen, gelang es Souphanouvongs Laoten jedoch, zusätzliche 28 000 Hektar zu erschließen. Wo Ackerbau nicht möglich ist, wurden kleine Handwerksbetriebe eingerichtet.

Souphanouvong hat für seinen „Staat“ eine eigene, nicht mehr an den offiziellen laotischen Kip gebundene Währung eingeführt. Seine Untertanen erwirtschaften angeblich auch ein höheres Brutto sozialprodukt als die zwei Millionen Laoten seines Halbbruders Souvanna Phouma.

Vor allem aber: In den kommunistisch besetzten Gebieten von Laos wird bevorzugt Bildungs- und Erziehungsarbeit betrieben. An Grund- und Oberschulen unterrichten junge, in der Sowjet-Union und anderen Ostblockstaaten ausgebildete laotische Lehrer — in den Grundschulen sogar anhand von Lehrbüchern, die eigens für den Pathet-Lao-Staat hergestellt wurden. Tief unter der Erde, bombensicher in Höhlenkinos, laufen zur Schulung Dokumentationsfilme über das Leben in der Sowjet-Union — mit laotischen Untertiteln.

Das Analphabetentum unter den Erwachsenen ist angeblich nahezu beseitigt, „und jetzt denken wir daran“, so verkündete der Pathet-Lao-Bildungsbeauftragte der „befreiten Gebiete“, Uttama, „die erste Hochschule zu errichten“.

Es wäre nicht nur die erste Hochschule im Souphanouvong-Staat, es wäre die erste Hochschule in ganz Laos.

SCHWEDEN

BEAMTENSTREIK

Schalter dicht

K napp 0,1 Prozent des schwedischen Volkes brachten das Privatleben der übrigen 99,9 Prozent und das öffentliche Leben des Landes durcheinander: Schwedische Akademiker streikten, 6500 der acht Millionen Einwohner.

Fern- und Vorortzüge fielen aus, Behördenschalter wurden geschlossen, Tote kranzlos beerdigt. Ausländische Warensendungen blieben in den Hafenzollämtern, Transit-Waggons für Norwegen und Finnland irgendwo in Schweden liegen. Die Deutsche Bundesbahn wurde ersucht, Güterzüge



Pathet-Lao-Chef Souphanouvong, Laoten: Schulung im Höhlenkino

ten ins „Reich der Millionen Elefanten“ einmarschieren.

Auf Laos fielen mehr Bomben als während des ganzen Zweiten Weltkriegs auf Europa, Laos erhielt pro Kopf der Bevölkerung mehr amerikanische Wirtschaftshilfe als jedes andere Land der Welt — und dennoch haben sich die Kommunisten nirgendwo in Südostasien, von Nordvietnam abgesehen, so fest etabliert wie gerade in Laos. Sie beherrschen heute zwei Drittel des Landes.

Denn Amerikas Bomben fielen vor allem auf die unfruchtbaren, nur dünn besiedelten Bergregionen des Landes und trafen, wenn überhaupt, unpolitische Zivilisten ebenso wie kommunistische Guerillas.

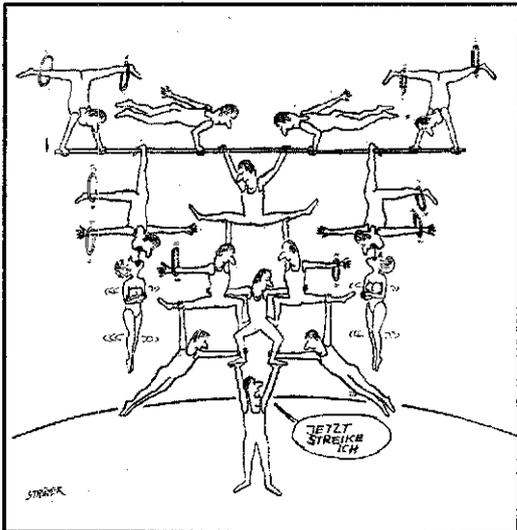
Und Amerikas Dollars — mehr als 50 Millionen im Jahr — förderten nicht die Wirtschaft des Landes, sondern Wucher und Korruption, verhalten Politikern, Beamten und Kaufleuten zu Mercedes-Limousinen und Luxusvillen, nicht aber den drei Millionen Laoten zu einem besseren Lebensstandard.

Dreschmaschine, die ohne großen Aufwand im Lande hätte hergestellt und von jedem Bauern bedient und repariert werden können. Zum Antrieb sollten Wasserbüffel eingesetzt werden, so daß als Nebenprodukte noch Dünger, Milch und Häute abgefallen wären.

Amerikanische Experten machten der laotischen Regierung jedoch klar, die Erfindung sei zu „primitiv“. Sie — und auch japanische Fachleute — wollen das Land lieber mit teuren und komplizierten Traktoren erschließen: mit Traktoren aus Amerika und Japan.

Auf derart geschäftstüchtige Berater braucht der Führer der kommunistischen Pathet-Lao, Prinz Souphanouvong, 59, Halbbruder des Premiers Souvanna Phouma, keine Rücksichten zu nehmen. Seine Guerillas haben in den von ihnen beherrschten Teilen des Landes einen Staat im Staate errichtet, in dem etwa eine Million Laoten leben.

Sie leiden zweifellos härter als die Laoten im Rest-Reich des Premiers,



Dagens Nyheter, Stockholm
Der starke Mann

nach Schweden zu stoppen, weil sie sich schon in Dänemark stauten.

Schwedens Gewerkschafts-Chef Arne Geijer: Das Ausbleiben von Rohstoffen werde bald 100 000 Industriearbeiter beschäftigungslos machen.

Zum Streik für höhere Gehälter hatten sich der „Zentralverband schwedischer Akademiker“ (Saco), Sammelstelle fast aller hochqualifizierter Beamten, und der fast so feudale „Reichsbund der Staatsbeamten“ (SR) verbündet.

Streik-Strategie Bertil Östergren, 48, Saco-Chef und Hauptmann der Reserve, zog anfangs nur Staats-, Provinzial- und Kommunalbeamte in Schlüsselstellungen aus dem Verkehr, um Streikgeld zu sparen, zunächst, am 1. Februar, 2500 Mann.

Am 5. Februar entblöbte er Justiz-, Steuer-, Zoll-, Bau- und sonstige Behörden um weitere 3000 Saco-Mitglieder, zugleich wurden 1000 SR-Beamte abgezogen, davon 616 aus der schwedischen Staatsbahn. Folge: Alle Räder standen still. Ohne die 616 konnten 44 000 Eisenbahner nicht arbeiten. Ein Heeresmanöver für 20 000 Reservisten fiel mangels Transportmittel aus.

Den Gehaltswunsch der Streik-Union — Saco wollte 22, SR 18 Prozent mehr — lehnten die kommunalen und staatlichen Dienstherren ab. Denn auch die Massenverbände der kleineren Beamten fordern derzeit mehr Geld. Und die sozialdemokratische Regierung muß sich gemäß Parteiprogramm für „mehr Gleichheit“ und

Anhebung der „Niedriggehälter“ einsetzen. Die Gehaltsforderungen der Besserverdienenden hält sie für inflationär und zudem ungerecht.

Hauptmann Östergren rief deshalb zum Streik. Die öffentliche Hand drohte, 28 000 Saco- und 2500 SR-Beamte auszusperrn. Östergren: Er werde zusätzlich 5000 andere Beamte, darunter 2000 Ärzte und 450 Zahnärzte öffentlicher Kliniken, in Streik setzen.

Eine neutrale Schlichtungskommission bot den Streikern sieben Prozent Erhöhung an. Sie wurden verhandlungswillig, verlangten aber, erst müsse der Staat seine Aussperrungs-Drohung zurücknehmen, dann würden sie ihre neueste Streikwarnung annullieren. Weil der Staat wiederum erst nach völligem Streikende verhandeln wollte, ging der Krieg weiter.

Am Freitag letzter Woche sperrte der Staat 34 000 Beamte aus, darunter 25 000 Schul- und Hochschullehrer. Die Hauptleidtragenden: 500 000 Schüler der Volksschul-Oberstufen und Gymnasien — und Östergrens Streikkasse.

Sie muß jetzt statt zuvor 350 000 Mark täglich über eine Million Mark zahlen. Aber Östergren hat 40 Millionen angesammelt. Er kann bis Ende März durchhalten.

„ICH WEISS, WIR WERDEN BETROGEN“

Interview mit dem Schah von Persien über Ölpreise

Gemeinsam mit anderen Staaten des Persischen Golfes preßte der Iran den Mineralölgesellschaften eine rund 42prozentige Preiserhöhung für Rohöl ab. Anschließend klagte der — in der Organisation der Ölexportierenden Länder noch als gemäßigt geltende — Schah die Ölkonzerne an.

FRAGE: Majestät, wie rechtfertigen Sie die jüngsten Preiserhöhungen?

ANTWORT: Ich würde lieber tausendmal sterben als tatenlos zusehen, wie ich betrogen werde. Ich weiß, wir werden betrogen. Alle ölfördernden Länder wissen, daß sie betrogen werden, sonst hätten sie nicht eine gemeinsame Front gebildet. Wenn die Verantwortlichen in diesen Förderländern nicht etwas unternehmen, werden es die Massen tun.

FRAGE: Welche Rolle spielt in Ihren Überlegungen das große Problem der westlichen Welt, die Inflation?

ANTWORT: Eine sehr große. Wir haben, gemessen an den Preissteigerungen in den Industrieländern, immer weniger Geld für unser Öl bekommen. Das Öl reicht auch nicht ewig — 20 Jahre, 30 Jahre, 50 Jahre, dann ist Schluß. In einigen Ländern ist das Erdöl außerdem die einzige Einnahmequelle. Auch für den Iran ist es die Hauptgeldquelle. Mit dem Geld, das

wir für unser Öl bekommen, entwickeln wir unser Land, bauen wir einen Staudamm, fördern wir die Landwirtschaft, die Industrie und alles Übrige. Wenn Sie aber glauben, daß billiges Öl es den Industriestaaten ermöglicht hätte, uns ihre Industriegüter billig zu liefern, so irren Sie sich. Von 1957 bis 1971 haben wir das Öl zu sinkenden Preisen verkauft, während die Industriestaaten ihre Preise laufend erhöht haben. Das ist ungerecht.



Öl-Produzent Schah Resa Pahlewi
„Die Mittelsmänner ausschalten“

FRAGE: Könnten die Förderländer dazu übergehen, nicht mehr wie bisher soviel Öl wie möglich zum bestmöglichen Preis zu fördern, sondern Förderquoten und Liefermengen festzulegen?

ANTWORT: Vielleicht. Ich könnte ebensoviel Geld mit dem hundertsten Teil unserer heutigen Ölexporte verdienen, wenn ich nur das übrige Zeug ganz bei uns verarbeiten würde. Ich weiß nicht, wie viele Millionen Aspirin-Tabletten ich zum Beispiel damit fabrizieren könnte. Ich hoffe, Sie haben gar nicht soviel Kopfweh, um soviel Aspirin zu schlucken.

FRAGE: Welche Reform der Ölindustrie wünschen Sie sich — zum gegenseitigen Vorteil Ihres Volkes und des Verbrauchers?

ANTWORT: Wir müßten allmählich darauf lossteuern, die Mittelsmänner zwischen Produzenten und Verbrauchern soweit wie möglich auszuschalten. Wir bekommen einen Dollar für ein Barrel* Öl. Ihr Verbraucher zahlt 12 Dollar, mit den neuesten Preiserhöhungen rund 14 Dollar. Die Regierungen der Industriestaaten kassieren 5 von diesen 14 Dollar in Form von Steuern. Das ist deren Sache. Aber wenn Sie diese 5 Dollar von den 14 Dollar abziehen, bleiben immer noch 9 Dollar. Wir bekommen einen Dollar, was wird aus dem Rest, den 8 Dollar? Wenn wir die Mittelsmänner ausschalten, werden wir mehr bekommen und Sie weniger zahlen.

* Ein Barrel = 158,8 Liter.